

China warnt die USA vor einem Besuch von Parlamentspräsidentin Pelosi in Taiwan

China warnte am Donnerstag, dass es harte Maßnahmen ergreifen würde, wenn die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, Taiwan besuchen würde, und sagte, dass ein solcher Besuch die chinesisch-amerikanischen Beziehungen ernsthaft beeinträchtigen würde, nachdem die Medien berichtet hatten, dass sie nächste Woche reisen würde.

China betrachtet das demokratisch regierte Taiwan als sein eigenes Territorium, und das Thema ist eine ständige Quelle der Reibung zwischen Peking und Washington, insbesondere angesichts der starken militärischen und politischen Unterstützung der USA für die Insel.

Der mögliche Besuch wurde weder von Pelosis Büro noch von der taiwanesischen Regierung bestätigt, aber einige japanische und taiwanesischen Medien berichteten, dass er nach ihrem Besuch in Japan an diesem Wochenende stattfinden würde.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, erklärte gegenüber Reportern, dass Peking jede Form von offiziellen Kontakten zwischen den USA und Taiwan strikt ablehne und Washington die Reise absagen sollte.

„Wenn die USA auf ihrem eigenen Weg beharren, wird China starke Maßnahmen ergreifen, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen. Alle möglichen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, werden vollständig von der US-amerikanischen Seite getragen werden“, fügte er hinzu, ohne Einzelheiten zu nennen.

In Taipeh erklärte die Sprecherin des taiwanesischen Außenministeriums, Joanne Ou, lediglich, dass die Einladung von US-Beamten und Würdenträgern schon immer „ein wichtiger Bestandteil“ der Arbeit des Ministeriums gewesen sei und dass es jeden offiziellen Besuch zu gegebener Zeit ankündigen werde.

Am Sonntag jährt sich zum 43. Mal die Unterzeichnung des Taiwan Relations Act durch die USA, der die Beziehungen in Ermangelung formeller diplomatischer Beziehungen regelt und die Verpflichtung der USA festschreibt, Taiwan mit den Mitteln zur Selbstverteidigung auszustatten.

Pelosi, eine langjährige Kritikerin Chinas, insbesondere in Menschenrechtsfragen, hatte im Januar ein virtuelles Treffen mit Taiwans Vizepräsident William Lai, als dieser einen Besuch in den USA und Honduras [abschloss](#).

Pelosi ist eine der profiliertesten Politikerinnen der regierenden Demokratischen Partei und nach dem Vizepräsidenten die zweite in der Nachfolge des US-Präsidenten.

Taiwan wurde durch die fortgesetzte Unterstützung der USA durch die Regierung Biden ermutigt, die wiederholt von ihrem „felsfesten“ Engagement für die Insel gesprochen hat.

Dies hat die ohnehin schon schlechten Beziehungen zwischen China und den USA weiter belastet.

China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz, obwohl die Insel nie Teil der Volksrepublik war. Seit Jahren droht die chinesische Regierung mit einer militärischen Eroberung Taiwans, das zu den

liberalsten Demokratien weltweit zählt. Als Staat wird es allerdings von den allermeisten Staaten der Welt nicht anerkannt, auch von den USA nicht.

<https://www.hna.de/politik/china-taiwan-waffenlieferungen-besuch-nancy-pelosi-usa-zr-91463993.html>

Taiwan: USA beliefern die Insel mit Waffen

Washington hat sich jedoch dazu verpflichtet, Taipeh mit Waffen zu unterstützen. Ob die USA Taipeh auch im Falle einer chinesischen Invasion beistehen würden, ist hingegen offen. Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs* hat diese Frage noch an Bedeutung gewonnen, da Beobachter davon ausgehen, [Peking könnte sich durch Russlands Vorgehen zu einem Einmarsch ermutigt fühlen*](#). Am Dienstag hatte die Regierung von US-Präsident Joe Biden* den Verkauf von Teilen für Raketenabwehrsysteme im Wert von 95 Millionen Dollar an Taiwan genehmigt. Dabei handelt es sich nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums um Ausbildungs- und Ausrüstungsgegenstände für das Patriot-Raketenabwehrsystem, das auf Taiwan stationiert ist.

Man wolle damit die Funktionsbereitschaft und „Raketendichte aufrechterhalten“ und die „Abschreckung gegen regionale Bedrohungen“ stärken, hieß es weiter. Das Außenministerium in Taipeh sagte, das Waffengeschäft werde dazu beitragen, die Insel gegen Chinas „anhaltende militärische Expansion und Provokation“ zu schützen. [Bei dem Waffengeschäft*](#) handelt es sich um die bereits dritte Ausfuhrgenehmigung, die von der Biden-Regierung erteilt wurde.

Taiwan: Chinas Regierung kritisiert den Waffendeal scharf

Der Deal wurde von China scharf verurteilt. Außenamtssprecher Zhao hatte bereits am Mittwoch betont, diese Waffenlieferungen „untergraben ernsthaft Chinas Souveränität und Sicherheitsinteressen und schaden den Beziehungen zwischen China und den USA sowie dem Frieden und der Stabilität in der Straße von Taiwan“. Die chinesische Regierung werde „entschlossene und robuste Maßnahmen ergreifen, um seine Souveränität und Sicherheitsinteressen entschlossen zu schützen“, so Zhao weiter.